



# HESSISCHER LANDTAG

13. 12. 2016

Plenum

## Änderungsantrag

### der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des 2. Berichts des Haushaltsausschusses Drucksache 19/4291 zu Drucksache 19/4093 zu Drucksache 19/3674

Inhalt des Antrags: Neue fremdfinanzierte Stellen für die Bundesbauabteilung bei der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main

Einzelplan 06 Hessisches Ministerium der Finanzen

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 06 04 Steuerverwaltung  
Buchungskreis: 2560

#### Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Im Stellenplan des Kap. 06 04 werden folgende Planstellen neu ausgebracht:

3 x A 14 Bauoberrat/rätin  
1 x A 13 Baurat/rätin  
1 x A 13 Technischer/sche Oberamtsrat/rätin  
1 x A 12 Technischer/sche Amtsamt/rätin

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

#### Begründung des Änderungsantrags:

Der Bund bedient sich zur Erledigung seiner Bautätigkeiten der Landesbehörden der Bundesländer. In Hessen obliegt diese Aufgabe der OFD und dem LBIH. Diese Stellen werden vom Bund finanziert, führen also für das Land zu keiner finanziellen Belastung. Um für den Bund Tätigkeiten im Rahmen des Bundesbaus durchführen zu können, ist eine Änderung des Stellenplans der Steuerverwaltung notwendig. Vor Kurzem hat der Bund die Kostenerstattung für die oben aufgeführten Stellen zugesichert. Aus Vereinfachungsgründen wird auf eine Anpassung der Kosten und Erlöse verzichtet, da die im Haushaltsvollzug anfallenden Kosten durch die im Rahmen der Kostenerstattung eingehenden Erlöse des Bundes gedeckt sind.

Wiesbaden, 13. Dezember 2016

Für die Fraktion der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende

**Michael Boddenberg**

**Mathias Wagner (Taunus)**